

# Der Gemeindegewerkschafter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Betrieben  
Organ des Zentralverbandes der Gemeindegewerkschafter und Straßenbahner Deutschlands  
: Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Ersteinst alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis.  
Durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk.

Fernsprecher Nr. 3538.  
Redaktionschluss Montags  
Mittags vor Erscheinen des Blattes.

Anzeigenpreis für die viergespaltene Zeitungszeile 20 Pfg. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pfg.

No. 19

Köln, den 20. September 1919.

VII. Jahrgang.

## Unser Verbandstag.

Planmäßig wurde der 1. Verbandstag am 14. September im Habbellensaal des städt. Gürzenich zu Köln vom Vorsitzenden Kollegen Debenbach eröffnet. Er begründete, warum der 1. Verbandstag in der Metropole des Rheinlands stattfinden sollte. Köln ist gewissermaßen die Zentrale der christlichen Gewerkschaftsbewegung Deutschlands. Im Westen hatten sich ihre Ideen am ersten ausgebreitet. Hier liegt auch der Schwerpunkt unserer Bewegung. Dadurch, daß im Westen Deutschlands die christlichen Gewerkschaften einen großen Prozentsatz der beschäftigten Arbeiter umfassen, war es möglich, im öffentlichen und wirtschaftlichen Leben sich eher durchzusetzen, als wenn sich die Mitglieder gleichmäßig auf das ganze Deutschland verteilt hätten. Auch lag bei der Gründung unseres Verbandes der Schwerpunkt für uns im Westen, aus welchem Grunde die Hauptgeschäftsstelle nach Köln verlegt wurde. Es lag daher nichts näher als hier am Orte, wo die Wiege unserer Bewegung gestanden, auch den ersten Verbandstag stattfinden zu lassen.

Nebener gedachte dann des gewaltigen Geschehens der letzten Jahre, der Kämpfe für die Verteidigung des Vaterlandes, die mit einer vollständigen Niederlage geendet haben. Hierdurch wird nicht nur die deutsche Nation, jeder einzelne Bürger, sondern auch die Gewerkschaften stark beeinflusst. Die hierdurch geschaffene Veränderung müssen wir bei den bevorstehenden Arbeiten des Verbandstages berücksichtigen. Darin Rechnung zu tragen ist das dringendste Gebot der Stunde.

Nebener gedachte sodann der Opfer, die der Krieg auch aus unseren Reihen gefordert hat. Ein Teil der hoffnungsvollen hinausgezogenen ruht heute in fremder Erde. Ein anderer Teil ist noch das harte Brot der Gefangenschaft. Ihnen soll unser erster Dank gelten. Möge die Zeit nicht mehr ohne sein, wo die noch lebenden Opfer des Krieges bald in Heimat und ihre Lieben wiedersehen. Ihnen auch in den Ortsgruppen einen herzlichen Empfang zu bereiten, ist eine Dankeschuld, die wir den Verteidigern der Heimat schulden.

Nachdem ein Büro für die Tagung gebildet, je eine Kommission zur Prüfung der Mandate, zur Vorberatung der Tagungen, zur Prüfung des Kassenwezens und zur Regelung der Beamtungsverhältnisse gewählt waren, begrüßte der Kollege Veramann als Vertreter des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften die Delegierten. Die gegebenen Annäherungen im politischen und wirtschaftlichen Deutschland stellen große Anforderungen an die

Arbeiterbewegung, insbesondere an die christlichen Gewerkschaften. Nur die Befolgung unserer sich im Feuer des Krieges und der Revolution als richtig bewährten Grundsätze ermöglicht den Wiederaufstieg unserer Nation. In dem einzelnen Verbände muß die mühsame aber auch dankbare Arbeit übernommen werden, die Bausteine zum Wiederaufbau Deutschlands und seines Wirtschaftslebens zusammen zu tragen.

Der Geschäfts- u. Kassenbericht umfaßt die Zeit seit der Gründung, vom 1. Januar 1913 bis 31. Dezember 1918 und liegt in einer 68 Seiten starken Broschüre vor. In eingehender Weise werden in diesem Bericht die Kämpfe, Mühen und Arbeiten aber auch die Erfolge und Fortschritte geschildert. Der Raum an dieser Stelle reicht nicht aus, um den Inhalt des Geschäftsberichts auch nur andeutungsweise wiederzugeben und müssen wir die Kollegen auf den Bericht, der ihnen zugänglich gemacht wird, selbst verweisen. Vervollständigt wurde der schriftliche Bericht durch mündliche Ergänzungen und Erläuterungen des Vorsitzenden und Hauptkassierers. Die Mitgliederzahl, die bei der Gründung im Jahre 1912 3916 betrug, war am 31. Dezember 1918 auf 7065 gestiegen und beträgt heute, Ende September 1919 über 18000. Die gesamten Einnahmen in der Berichtzeit betragen **Mk. 441.830,03**

die Ausgaben **Mk. 372.983,74**

sodass Ende 1918 ein Kassenbestand von **Mk. 71.854,29** vorhanden war. Im laufenden Jahre haben sich die Einnahmen verdreifacht, aber auch die Ausgaben sind erheblich gestiegen. Das Kassenvermögen in der Hauptkasse ist auf über 120000 Mark angewachsen.

Eine am ersten Verhandlungstage stattgefundene von über 3000 Personen besuchte Begrüßungsfeier gestaltete sich zu einer machtvollen Kundgebung unserer Bewegung.

„Die Neugestaltung des deutschen Wirtschaftslebens“ lautete das Thema, mit welchem die Verhandlungen am 2. Verhandlungstage begannen. Kollege Brauer vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften behandelte diese Frage in der ihm eigenümlichen, tiefgründlichen Weise, sodass der Antrag gestellt wurde, den Bericht in Broschürenform sämtlichen Kollegen zugänglich zu machen.

Der abgeschlossene Friedensvertrag ist von entscheidender Bedeutung für die fernere Zukunft des deutschen Volkswirtschaft, für die sozialen Verhältnisse, für die Lohn- und Arbeitsbedingungen und nicht zulezt für das Leben eines jeden Einzelnen. Was uns heute fehlt, ist eine vollstän-dige Führung, die trotz aller Schwierigkeiten und Widerstände die Ordnung aufrecht erhält, die Arbeitslosigkeit fördert und den materialistischen Ideen in allen Schichten und Ständen

des Volkes zu Reibe rührt. Ein Sechzigmillionen-Volk wie es das deutsche ist, mit seiner unerschöpflichen Lebenskraft wird und kann nicht untergehen, wenn es selbst nicht will. Der Mensch muß sich nicht der Verantwortlichkeit bemußt werden, die er zu tragen hat. In allen Schichten, auch im Arbeiterstand, muß der sozialistische Geist, der nur den einen Vorteil kennt, niedergedrungen werden. Die staatlichen Einrichtungen müssen so geändert werden, daß sie einem Leben behülflich sind, den Mensch in den Mittelpunkt alles Geschehens zu stellen. Hieran mitzuarbeiten, ist auch unser Verband bemüht. Bei all unseren Forderungen, bei unseren Wünschen haben wir das Verantwortlichkeitsbewußtsein, welches wir der Gesamtheit schulden, zu wahren. Nicht dürfen unsere Forderungen dasjenige Maß überschreiten, was unsere deutsche Volkswirtschaft zu leisten vermag. Das kommende Gesetz über Betriebsräte muß so angebahnt werden, daß der einzelne Arbeiter nicht nur seine Pflicht, die im Arbeitsvertrage festgelegt ist, erfüllt, sondern daß er erhöhtes Interesse an dem Wohl und Wehe seines Betriebes und Betriebes haben kann. Das Mitbestimmungsrecht im Produktionsprozeß ist ihm soweit einzuräumen, wie es der ordentliche Gang eines Betriebes mit irgendwie gestattet. Wer mit zu rufen und zu lären hat, bei dem müßte auch das Verantwortlichkeitsbewußtsein, sein Betriebes, dem Gemeinwohl zu dienen, Gelingen es, diese Forderung in neuen Deutschland zur Durchführung zu bringen, dann wird ohne Zweifel ein Wiederaufstieg möglich sein. Von diesem Wille muß der Verbandstag getragen werden, um fruchtbringende Arbeit für den Verband, seine Mitglieder und unser Vaterland leisten zu können.

Anschließend an den obigen Vortrag nahm der Verbandstag einen orientierenden Vortrag über Tarifverträge in Gemeinde-, Staats- und Straßenbahnbetrieben des Kollegen Bedenbach entgegen.

Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Deutschland, der Krieg und die Revolution mit all ihren Auswirkungen gestatten es nicht mehr den Unternehmern, den Herrn im Hause Standpunkt einzunehmen. Wenn sich auch heute noch die Gegenströmung gegen die Mitwirkung der Arbeiter bei der Festlegung des Wertes geltend macht, bei der Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, hat man sich mit der Tatsache, daß hier ein Mitbestimmungsrecht eingeführt werden muß, abgefunden. Das Mitbestimmungsrecht jedem einzelnen Arbeiter, in jedem einzelnen Falle einzuräumen stößt auf technische Schwierigkeiten, die nicht zu überwinden sind. An Stelle des einzelnen Arbeiters und Angestellten muß dieses Recht seine Verbandsorganisation übernehmen. Gleichzeitig tritt dadurch auch den Unternehmern nicht mehr die einzelne, leicht zu ersetzende Arbeitskraft gegenü, sondern die Gesamtheit der Arbeitskräfte. Selbstverständlich wird hierdurch der Einfluß der Arbeitnehmer bei den Verhandlungen erheblich erhöht, und so in die Lage versetzt, die wirtschaftlichen Interessen so wahrzunehmen, wie es die wirtschaftlichen Möglichkeiten nur eben gestatten. Ferner liegt der Vorteil der Tarifverträge gegenüber dem individuellen Arbeitsvertrage.

Die Verhandlung, die sich in der Verhandlungsphase im letzten Jahr abspielte mit ihrer schweren wirtschaftlichen Kampfer vollzogen hat, hat sich in den letzten Monaten in den Gemeindefabriken eine schwere Eisenerzeugung vollzogen. Auch in den Straßenbahnbetrieben, wo in der Vorriegezeit der Tarifverträge noch nirgends Zug gefahrt hatte, sind wir zu ungehörigen Verhältnissen gekommen. Neben

schlechte sodann die Entwicklung der Tarifverträge, die Vereinbarungen mit dem deutschen Städtebund, die Verträge der sozialdemokratischen Organisation, uns auszuhalten. Wenn es bis heute gekommen sei, nicht, nicht, und mit der Tarifverträge abzusprechen, so bedeutet dieses aber keinesfalls, daß damit die Entwicklung ihren Abschluß gefunden hätte. Wie alles im Leben, so befindet sich auch der Tarifverträge in einer ständigen Umbildung.

Die weiteren Ausführungen gaben dann wertvolle Winke dafür, nach welcher Richtung hin die Entwicklung beeinflussen müssen, um möglichst das Tarifvertragsystem so auszubauen, daß es ein brauchbares Werkzeug unserer deutschen Wirtschaft wird. Selbstverständlich wird es nicht anerkennen, daß uns mancher Tarifvertrag verschiedentlich als eine im Augenblick recht unangenehme Regel erscheint. Wer aber die Vorteile eines Systems für sich in Anspruch nimmt, muß auch die Nachteile mit in den Kauf nehmen. Nicht ohne der ganzen Verhältnisse stelle aber das Tarifvertragsystem heute das einzige Mittel dar, um zu Verhältnissen zu kommen, die uns den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens ermöglichen. Die bisher gemachten Erfahrungen müssen uns den Fingerzeig geben, nach welcher Richtung hin dieser durchaus gesunde und fortschrittliche Gedanke zum Wohle der gesamten Kollegen weiter ausgebaut werden könne. Auf Einzelheiten kann hier im Rahmen eines kurzen Vortrags nicht eingegangen werden.

**Die Beratung der neuen Satzungen.**

Der Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die Beratung der gestellten Anträge, insbesondere derjenigen Anträge, die eine Änderung unserer bisherigen Satzungen verlangten. Eine lebhaft ausgeprägte Meinung herrschte hierbei ein. Seit es sich um unsere bisherigen Satzungen bei veränderten Verhältnissen anzupassen. Erstlichemal waren sich sämtliche Teilnehmer des Verbandstages im großen Ganzen einig. Überall trat das Bestreben zu Tage, die Satzungen so zu gestalten und den Verband in den Stand zu setzen, den gestellten Anforderungen, die er in Zukunft zu erfüllen hat, gerecht werden zu können. Hierzu bedurfte es in erster Linie einer Weiterbildung unseres bisherigen Antragswesens. Einmütig war der Verbandstag der Überzeugung, daß in diesem Punkte eine erhebliche Belastung unserer Mitglieder nicht zu vermeiden sei. Nur über das Maß dessen, was man glauben, als das allererforderliche erachten zu müssen, gingen die Meinungen auseinander. Wenn es gestattet ist unsern 1. Verbandstag in Vergleich zu stellen mit den Verbandstagen des alten Verbandes, dann muß man sagen, es ist ein erheblicher Fortschritt zu verzeichnen. Die harten Kämpfe, die früher um die notwendige Erhöhung der Beiträge geführt werden mußten, waren nicht notwendig. Insbesondere zeigten unsere sächsischen Kollegen volles Verständnis für die gegebene Situation. Auffallenderweise dagegen waren es Vertreter des Rheinisch-Westfälischen Industriegebietes, die glauben, mit geringen Kosten die Verbandsaufgaben erfüllen zu können. Es mag dieses darauf zurückzuführen sein, daß die meisten Mitglieder im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet, die erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit organisiert sind, noch nicht so stark mit der Gewerkschaftsbewegung verwachsen sind, um die Bedürfnisse vollständig übersehen zu können.

Gegen eine Stimme wurde § 15 unserer Satzungen in nachstehender Fassung beschlossen.

Das Aufnahmegehalt beträgt in der ersten Beitragsklasse

für die übrigen Beitragsklassen

### Der wöchentliche Beitrag beträgt:

bei einem Wochenverdienst bis zu M. 20. — Kl. I	M. 0.45
" " " " " 30. — " II	0.60
" " " " " 50. — " III	0.75
" " " " " 60. — " IV	0.90

Den Ortsgruppen verbleiben in Zukunft 10% von den Beiträgen und Aufnahmegebühren. Dieser Betrag wird in der Regel nicht ausreichen die gesteigerten Aufkosten in den Ortsgruppen zu decken. Sie werden daher gezwungen sein, zur Befreiung ihrer örtlichen Bedürfnisse einen besonderen Lokalbeitrag zu erheben, wie es bisher in der Mehrzahl der Ortsgruppen geschah. Die Beschlusfassung über die Höhe der Lokalbeiträge ist der Ortsgruppe selbst überlassen. Ordnungsgemäß beschlossene Lokalbeiträge sind Pflichtbeiträge.

### Das Unterstützungswesen.

Wie bereits vor dem Verbandstage in verschiedenen Zeitschriften zum Ausdruck gebracht wurde, hat die Krankheitsunterstützung der gewerkschaftlichen Organisation für unsere Kollegen nicht die Bedeutung, wie für die Arbeiter der Privatindustrie. Der Lohnarbeiterschaft mangelt es nicht an Unterhalt. Ausnahmslos wird unserer Kollegen im Falle der Erkrankung der Differenzbeitrag zwischen Krankengeld und Lohn von den Arbeitgebern gezahlt. Wenn auch der kranke Mensch in der Regel mehr auszuwenden hat, wie der gesunde, so hat trotzdem die Krankheitsunterstützung der gewerkschaftlichen Organisation nicht mehr im entferntesten die volkswirtschaftliche Bedeutung wie ehedem. Diese Umstände veranlassen den Verbandstag, sich darauf zu beschließen, unsere bisherige Unterstützung nicht wesentlich zu erhöhen, sondern zu vereinfachen und abzugleichen. Die Erwerbslosenunterstützung beträgt nunmehr:

Klasse	Beitrag M.	10 Wochen	Nach einer Beitragsleistung von Wochen				
			52	156	260	390	520
I	45	450	0	7	8	9	10
II	60	600	0	7	8	9	10
III	75	750	0	7	8	9	10
IV	90	900	5	7	8	9	10

Nach das Sterbegeld wurde nach den nämlichen, oben gekennzeichneten Richtlinien geordnet und beträgt:

Klasse	Beitrag M.	Nach einer Beitragsleistung von Wochen				
		52	156	260	390	520
I	45	45	60	75	90	105
II	60	60	75	90	105	120
III	75	75	90	105	120	135
IV	90	90	105	120	135	150

Für die Mitglieder der 25 M. Beitragsklasse beträgt das Sterbegeld die Hälfte der Höhe der ersten Beitragsklasse.

### Arbeiterräte.

In der neuen Reichsverfassung ist festgelegt, daß den Arbeitern und Angestellten im Produktionsprozeß ein Mitbestimmungsrecht gegeben werden soll. Die näheren Bestimmungen sollen durch ein Reichsgesetz, dessen Entwurf nunmehr vorliegt, getroffen werden. Der Kampf der Kommunisten hat nun um dieses Gesetz mit aller Schärfe angefangen. Hierzu schreibt das Zentralblatt:

Die heutigen Arbeiter im Streik stehen sich gegenüber wie wieder auf den äußersten Ängeln von links und rechts.

Im Lager der unabhängigen Sozialdemokraten und Kommunisten ist man ebenso unzufrieden mit dem Entwurf wie in jenen Kreisen der Industrie, die freiwillig und aus besserer Erkenntnis noch niemals für den sozialen Fortschritt zu haben waren, die vielmehr bei jeder Maßnahme, durch die sie ihre grundsätzliche oder materielle Stellung beeinträchtigt glaubten, den Untergang des Wirtschaftslebens voraussetzten. In den erwähnten Richtungen besteht eine grundsätzliche Gegnerschaft. Daneben werden aus anderen Kreisen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zahlreiche Abänderungsvorschläge sachlicher Art gemacht. Im Angestelltenlager schlägt die unter unabhängig-kommunistischen Einflüssen stehende „Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände“ den Rekord in radikalen Abänderungsvorschlägen.

Der Radikalismus macht vor Torschlößchen und kräftige Anstrengungen, um den gesegneten Werdegang des Arbeiterlebens zu sabotieren und die Diktatur der radikalen Mächtigkeiten aufzurichten. Zwei Vorgänge sind in diesem Zusammenhang von Interesse. In den letzten Augusttagen tagte in Halle die „Reichskonferenz der Betriebsräte Deutschlands“, eine Gesellschaft, in der alle Spielarten des Radikalismus vertreten waren, soweit sie auf dem Boden der Diktatur des Proletariats stehen. Der Unabhängige Koenen kritisierte den Regierungsentwurf in Grund und Boden. Er will die Frage der Betriebsräte als gute Agitationsgelegenheit benutzen, um auf die Masse in revolutionärer Sinne einzuräumen. In einer Kraftprobe allerdings will er es nicht kommen lassen, wenn das deutsche Proletariat sei und für sich nicht revolutionär. Ueberhaupt wurde auf der Konferenz lebhaft der Mangel an „revolutionärer Fortschritt“ bei der deutschen Arbeiterchaft beklagt. Koenen von den Kommunisten forderte in seinem Referat die Vereinmischung der Gewerkschaften und ihre Erziehung durch Betriebsräte. Der bekannte Unabhängige Richard Müller will zuvor die Gewerkschaften bestehen lassen, sie aber „von innen heraus“ umgestalten. Weil in diesem Kreise natürlich keine Einigkeit zu erzielen war, wurde die zahlreichen Anträge einfach in einer Kommission begraben. Die wilden Mächtigkeiten sich eine Zentralkommission mit dem Sitz in Halle, in Leipzig soll eine Zentralkommission errichtet werden.

Man darf die Wildheit dieser Kreise nicht unterschätzen. Unter Führung des radikalen Berliner Kampfbundrates (aus dem die Vertreter der Mehrheitssozialisten und Demokraten ausgeschieden sind) beschließen sie kurzerhand überall wilde Betriebsräte ohne gesetzliche Unterlagen zu schaffen, mit denen nach dem Auspruch Däumlings die Wirtschaft revolutioniert werden soll. „Nicht durch die Demokratie der Masse, Schilde, sondern durch die revolutionäre Arbeiterorganisation den Sozialismus erkämpft, werden wir zur wahren Demokratie gelangen,“ so verkündet der obige Vollzugsrat in einem Aufruf.

Die Kritik der Regierungsvorlage aus den Kreisen der Angestellten bewegt sich in zweiseitiger Richtung. Die alten kaufmännischen Angestelltenverbände sehen in der Vorlage eine Verleumdung der sozialen Bedürfnisse und der wirtschaftlichen Bedeutung des Angestelltenstandes. In den Grundfragen der Einflussnahme auf Betriebsleitung und -führung, auf Erzielung einer möglichst hohen Wirtschaftlichkeit des Betriebes haben sie sich mit den übrigen Arbeitergruppen. Sie erheben aber für die gemeinsame Arbeit in den Betriebsräten den gleichen Anspruch wie die Arbeiter, weil sie, wie es in einer Randnotiz des deutsch-nachdemokratischen Arbeiterverbandes heißt, trotz ihrer kleinen Zahl in der Herstellung des Lebens notwendig sind, die gleiche Bedeutung haben, wie eine

größere Zahl von Arbeiter im gleichen Betriebe". Daneben wollen sie in den Betrieben auf eine selbständige Vertretung ihrer Arbeitnehmerinteressen gegenüber dem Arbeitgeber nicht verzichten. — Das Streben der „Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände“ ist auf eine Radikalisierung des Gesetzes gerichtet. Der Gegenwärtige dieser Gruppe verlangt die Wahlberechtigung für sämtliche Arbeitnehmer vom 17. Lebensjahre ab, wählbar sollen alle 20 Jahre alten Wahlberechtigten ohne jede Einschränkung sein. Die Zahl der Betriebsratsmitglieder soll bedeutend erhöht werden. Die Befugnisse des Betriebsrats will die Arbeitsgemeinschaft weiter ausgedehnt wissen. Der Betriebsrat soll „die gesamte Leitung des Betriebes, der Verwaltung, des Büro, ferner in kartellierten, syndizierten oder sonstwie wirtschaftlich oder vertraglich zusammengeschlossenen Betriebsgruppen, die Leitung und Geschäftsabwicklung dieser Gruppen kontrollieren, überwachen, und in ihr auf die Wahrnehmung des volkswirtschaftlichen Gesamtinteresses hinwirken“. In der Diskussion werden noch schärfere Forderungen erhoben. Der bekannte Kommunist und Vertreter der freien Arbeitsgemeinschaft Paul Lange führte zu dem Regierungsentwurf in einer Essener Angestelltenversammlung am 20. August aus: „Wir wollen den Einfluß des Kapitals grundsätzlich beseitigen und werden nur einen Gesetzentwurf gutheißen, der diesen Bedingungen vollaus entspricht. Wir müssen dahin wirken, daß die Arbeitnehmer dahin kommen, die Betriebe selbst zu übernehmen. . . Beseitigung der Herrschaft des Unternehmertums muß das Ziel sein, und an ihre Stelle muß die Herrschaft der Arbeit treten.“

Im Arbeitgeberlager machen sich ebenfalls zwei Strömungen geltend, eine solche, die sich mit dem Grundgedanken der Betriebsräte abgefunden hat und in Einzelheiten den Entwurf in ihrem Sinne zu beeinflussen sucht und eine andere, die aus ihrer grundsätzlichen Gegnerschaft kein Hehl macht. „Die deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ befürchtet daß die Produktionsstätten „vor lauter Hemmungen infolge innerer Gegensätze und Auseinandersetzungen überhaupt nicht mehr zur Ruhe kommen“ und das wichtigste, die Arbeit vernachlässigt werde. Es kommt ihr vor allem darauf an, daß die Arbeiterräte eingeordnet und nicht übergeordnet werden. „Durch die Betriebsräte darf der Produktionsprozess in keiner Weise behindert oder erschwert werden und die Wirtschaftlichkeit des Betriebes darf durch sie auf keinen Fall gefährdet oder geschädigt werden.“ Nach Bekanntwerden der Regierungsvorlage nimmt das Blatt bedeutend schärfer Stellung. Es wirt der Regierung vor, daß sie sich „zum Feigenblatt der unabhängigen und kommunistischen Drahtzieher“ gemacht habe. „Die Industrie, welche durch die Welle der Anarchie, der Arbeitsunlust und der Streikwilligkeit zum Stillstand gebracht worden ist, wird nach kurzem Bestehen des Gesetzes abgelöst werden von einem trostlosen Trümmerfeld.“ Die „Arbeitgeber-Zeitung“ wendet sich vor allem gegen das Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen. Dieses Recht bedeute, daß der Unternehmer die Schädlinge des Betriebes weiter beschäftigen und bezahlen müsse, daß der Betriebsrat die politische Gestaltung der Arbeiter und Angestellten ver Gewaltigen könne. Die „Deutsche Vergewerks-Zeitung“ meint zum Betriebsrätegesetz: „Es droht zu einer Auflösung unserer Wirtschaft zu führen, indem es die zerschneidende Kräfte, die in ihr seit der politischen Umwälzung am Werke sind, mit gesetzlichen Rechten ausstattet und sozusagen verewigt.“ Andere Unternehmerstimmen, sowie auch zahlreichste Kundgebungen von Handwerkskammern bewegen sich in ähnlichen Gedankengängen. Zahlreich sind auch

die Anregungen aus diesen Kreisen, die auf Änderung von Einzelheiten hingen.

So kommt zusammengefaßt eine große Fülle von kritischen Material und von Abänderungsvorschlägen zusammen. Dabei wird die Diskussion vor allem beherrscht durch die sich schroff gegenüberstehenden Anschauungen von links und rechts. Der kommunistische Sozialismus und das individualistische Herrschaftentum werfen ihre Argumente in die Waagschale. Die gesunde Mittellinie ist hier zweifellos der gegebene Weg. Die unabhängig-kommunistischen Bestrebungen auf Errichtung der Räteherrschaft führen sicher nicht zu dem gewollten Ziel. Mit radikalen Änderung der Wirtschaftsform ist für den Geist der neuen Wirtschaft nichts gewonnen. Andererseits werden sich auch die Unternehmer mit dem Gedanken abfinden müssen, daß es mit der bisher unbeschränkten Selbstherrlichkeit zu Ende ist. Denn aus den Sünden des alten Zustandes sind nicht zuletzt die heutigen Schwierigkeiten gezeugt worden. Entschlossen muß der berechnigte Kern des Rätegedankens festgehalten und das Rätewesen so gestaltet werden, daß unter Wahrung der berechtigten Interessen aller Produktionsfaktoren ein Aufbau auf gesunder Grundlage möglich wird.

### Affordarbeit.

Affordarbeit ist Mordarbeit sagen die Einen. Es ist ein Unrecht, daß der Nachlässige, weniger Tüchtige genau so viel verdient, wie der fleißige und tüchtige Arbeiter. Die Anderen Verde aber haben nur zum Teil Recht und Unrecht. Der geschickte, wenig routinierte Arbeiter, besonders in handwerksmäßigen Berufen, der sich seine Arbeit richtig einteilt, sie am rechten Ende anfaßt, mit Ueberlegung arbeitet, wird ohne Zweifel, ohne Mehranspruch an Lohn in der rauhen Zeit, mehr und volkswirtschaftlich wertvoller zu bewertendes schaffen, wie die Macher. Warum soll nun der Erstere nicht mehr verdienen wie der Letztere?

Die Gewerkschaften waren bisher in der Regel Gegner der Affordarbeit, nicht weil sie die Wichtigkeit obigen Darlegungen nicht anerkennen wollten, sondern weil in Wirklichkeit die durch die Tüchtigkeit und den Fleiß geschaffenen Mehrwerte dem Arbeiter nur zum geringen Teile zugute kommen. Die Neigung der Arbeitgeber ging dahin, die Leistung eines Durchschnittsarbeiters, die doch die Grundlage für den Warenpreis, wie auch den Lohn sein mußte, immer höher hinaufzuziehen. Der weniger geschickte, körperlich schwächere Arbeiter mußte dann zurückbleiben die Gefahr des Sinkens des Lohnes unter das Minimum, welches zum Leben notwendig war, wurde durch die Affordarbeit vergrößert. Arbeitslohn steigerte die Unfallgefahren und mancher Krüppel hat den Verlust seiner Gesundheit und vollen Leistungsfähigkeit der Affordarbeit zu danken. Diese volkswirtschaftlichen Schäden können nicht Willkürlichkeit, waren es, die die Gewerkschaften in der Regel zu Gegnern der Affordarbeit gemacht haben.

Inzwischen sind wir aber in dieser Frage vor eine vollständig neue Situation gestellt.

Die Arbeitsleistung ist durchweg erheblich mehr gemindert, als durch die Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden bedingt war. Auch wenn wir die übrigen Umstände, Unterernährung, die Nachwirkungen einer langen Streikstarkezeit u. s. w. in Rechnung stellen, bleibt immer noch ein weiteres Rückgang, der auf Arbeitsunwilligkeit zurückzuführen ist. Weiten Schichten in der Arbeiterschaft, (aber nicht nur in diesen, sondern auch in den anderen Ständen in gleicher Maße und mehr) ist durch die Revolution und

die solche Erziehung der Kopf verdreht worden. Das erhoffte Paradies bleibt aus. Der Satz „Sozialismus heißt Arbeit“ können und wollen sie nicht begreifen. Diese Unlust zur Arbeit in allen Ständen aber kann unsere Volkswirtschaft nicht vertragen. Vertiefung der Lebenshaltung, die durch Lohnerhöhungen nicht ausgeglichen und die soziale Lage des Arbeiterstandes von Tag zu Tag weiter herabwärtet, ist die Folge.

Die schweren Nachteile der Akkordarbeit sind mannigfaltig wesentlich gemildert. Die Arbeiterschaft, heute fast durchweg organisiert, hat einen ganz anderen Einfluß auf die Lohnfestsetzung wie früher. Das Elend, welches sich vor dem als eine Folge der Akkordarbeit herausstellte, ist heute nicht mehr zu fürchten. Die Nachteile zum allergrößten Teil zu meistern, liegt in der Macht der Gewerkschaften.

Sollen nun unter diesen Umständen die Verbände an ihrer Gegnerschaft festhalten? Die Verantwortung hierfür können sie dem gesamten Volke und auch der Arbeiterschaft gegenüber nicht mehr tragen.

Auch in anderen Stellen veranlaßt man dieses Problem zu überdenken. So schreibt der Vorwärts, das sozialdemokratische Zentralorgan in seiner Nummer vom 26. August über die Akkordlohnfrage:

Die Revolution in Deutschland hat wie in Rußland und in Ungarn, durch den Niedertrend auch der Autarkie in der Produktionsleistung viele ungeliebte Bestimmungen ausgelöst. So sehr wir im Anfang begrüßt haben, daß die Akkordarbeit beibehalten worden ist — weil in einem Grade mit gesundem Pflichtgefühl aller Volksschichten es keines äußeren Zwangsmittels zur Arbeit bedarf — so groß die Enttäuschung darüber, daß die Pflicht zu nützlicher Arbeit für das Volksganze nicht überall geübt wird. Heute erkennen gerade in der Arbeiterklasse nicht erhebliche Schritte die Notwendigkeit, die Bezahlung nur nach Maßgabe der Anwesenheit im Betriebe zu reformieren und an ihre Stelle die Bezahlung der wirklichen Arbeitsleistung zu setzen. Der Anspruch, daß der Arbeiter den gleichen Lohn erhält, als der Arbeitslose nicht lehnen wir die ganze Gemeinschaft in der Arbeiterklasse. Es müssen sich nur nicht umarmen sie für ihre rechte gewöhnliche Arbeit genau so bezahlt werden, als andere für ungeliebte Arbeit.

Die Regelung der Lohnfrage muß so erfolgen, daß der tüchtige Arbeiter entsprechend seinen besonderen Fleiß den höchst erreichbaren Lohn verdienen kann und daß der träge Arbeiter gezwungen ist, ein gewisses Minimum von Arbeit zu leisten, wenn er einen auskömmlichen Lohn erzielen will.

Der eine Weg, diesen Zustand zu erreichen, ist die Einführung der Akkordarbeit. Die Akkordarbeit ist vernünftig gebildet, die gerechteste Grundlage für die Bemessung des Arbeitslohnes. Und darum haben die Gewerkschaften in den vielen Jahren ihrer Kampf sich damit abgefunden, für Akkordarbeit zu kämpfen. Aber es ist nicht möglich, sondern nur den Auswüchsen, durch die die Arbeiterschaft geschädigt wurde. In den Einzelakorden ist der Einzelakord nur in gewissen Fällen möglich. Es arbeiten häufig ganze Gruppen von Arbeitern an einem Arbeitsstadium und dieser Umstand erfordert, Akkordgruppen zu bilden, die sich dann in den Arbeitspreis für das ganze Arbeitsstück teilen. Den vernünftigen Arbeitern wird die Akkordarbeit ohne weiteres als erwünscht erscheinen, weil sie damit ihre Arbeitsleistung unmittelbar in beträchtlich höhere Löhne umsetzen können, als sie heute durch den Stundenlohn erreichen.

Wenn die Gewerkschaften bei dieser Ausgestaltung in letzter Zeit näheren, wenn sie die Notwendigkeiten der Stunde Rechnung tragen, ist ihnen daraus kein Vorwurf zu machen. Ihre Stärke und Erfolge lagen nie in dem einklammernden Festhalten an starren Formen und Verbindungen, sondern in der Anpassung an die realen Dinge und das frisch pulierende Leben.

## Kampf gegen die gebundene Wirtschaft.

Der Kampf gegen die sogenannte Zwangswirtschaft, die sich während des Krieges notwendig erwies, ist nie ganz abgeklaut. In letzter Zeit lebt er jedoch wieder auf und zwar in einer Form, die nicht mehr sachlich genannt wer-

den kann. Landwirtschaft und Handel ziehen alle Register gegen die Zwangswirtschaft. Ein Blatt des Kolonialwarenhandels redet von „verblödeten“ Anhängern der Zwangswirtschaft und behauptet, daß die Beamten, die die Kriegswirtschaftsämter und Wirtschaftsausschüsse bevölkern, neben Schiebern diejenigen seien, die gegen den freien Handel arbeiten und damit die Interessen der Schieber und Schleihändler vertreten. In der „Saale-Zeitung“ Nr. 383 wird angeblich aus Verbraucherkreisen geschrieben, daß die fortgesetzte Zwangswirtschaft wie ein Dampfer auf unseren Ernährungsverhältnissen liege. Es werden eine Anzahl Mängel in der Kriegswirtschaft aufgezählt und dann behauptet, daß alles dieses nur darauf zurückzuführen sei, „daß die Bürokraten, die viel Zeit und kein kaufmännisches Interesse haben, noch den Lebensmittelmarkt beherrschen und wir noch alle in den Ketten des Zwangswirtschaftens liegen“. Wir sind nicht dazu berufen, die hier angegriffenen Bürokraten zu verteidigen, müssen aber zum Standpunkt des Verbrauchers erklären, daß hier Interessenten am Werke sind, die es anscheinend sogar verstehen, jetzt Verbraucher für sich zu gewinnen und vor ihren Wagen zu spannen. Die Verbraucher haben zweifellos am meisten unter der Zwangswirtschaft gelitten, aber trotzdem stehen sie auf dem Standpunkt, daß diese Zwangswirtschaft notwendig war und noch ist, gerade im Interesse der Verbraucher. Damit ist nicht gesagt, daß jede einzelne Maßnahme der Ernährungsbehörden auch unsere Billigung findet, aber an den Grundgedanken der Zwangswirtschaft, besonders an der Bewirtschaftung von Getreide, Kartoffeln, Fleisch und den übrigen hauptsächlichsten Lebensmitteln, muß festgehalten werden, und zwar solange, bis das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage sich wieder einigermaßen ausgeglichen hat. Wo wir hinkommen, wenn die Zwangswirtschaft aufgehoben und dem Handel die Bahn freigegeben wird, sehen wir ja deutlich am Obst, Gemüse, an den Eiern und anderen Produkten. Ein Interesse an der Aufhebung der Zwangswirtschaft kann nur die Landwirtschaft und der Handel haben, da sie dann durch keinerlei Einschränkungen in bezug auf den Preis oder auf die Ablieferung in ihrem Streben nach noch mehr Gewinn gehemmt sind. Das Nachsehen hätten die Konsumenten. Diejenigen, die das nötige Geld hätten, würden sich alles leisten können und die Minderbemittelten bekämen bestimmt nicht einmal die Ration, die ihnen heute durch die öffentliche Bewirtschaftung garantiert ist. Die Mängel, die die Zwangswirtschaft im Gefolge hat, werden in den Vordergrund gerückt, vergrößert und verallgemeinert, während die Wohltaten der Zwangswirtschaft nicht beachtet werden. Ein Vergleich wäre erst möglich, wenn man den freien Handel schalten und walten ließe, wie er es wünscht. Das Experiment müßte jedoch von den Konsumenten teuer bezahlt werden. Es bleibt also dabei: an der Zwangswirtschaft für die hauptsächlichsten Lebensmittel muß festgehalten werden bis bessere Verhältnisse eintreten. Daß wir nicht ewig an der Zwangswirtschaft festhalten wollen, brauchen wir nicht besonders zu betonen.

## Der X. Kongress der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Der Ausschuss des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften erläßt in der letzten Nummer des Zentralblattes folgende

### Einladung.

Gemäß den Bestimmungen des Statuts des Gesamtverbandes beruft der unterzeichnete Ausschuss den

### X. Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands

für die Zeit vom 26. bis 29. Oktober ein. Näheres über Tagungsort, Vokal usw. wird noch bekannt gegeben.

#### Tages-Ordnung:

1. Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes.
2. Die christliche Gewerkschaftsbewegung in Gegenwart und Zukunft.
3. Der soziale und wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands.
4. Aufgaben der Gesamtbewegung im Lande.
5. Die Stellung der Arbeiterinnen in Gesellschaft und Wirtschaft der Zukunft.
6. Strömungen in der deutschen Beamten- und Angestelltenbewegung.
7. Gewerkschaftliches Bildungswesen.

Zur Besichtigung des Kongresses durch Delegierte werden alle dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften angeschlossenen Verbände aufgefordert. Anmeldungen sind bei dem Generalsekretariat zu bewirken. Anträge können gestellt werden von den Vorständen oder Generalversammlungen der einzelnen Verbände, deren Zahlstellen und den Ortsstellen der christlichen Gewerkschaften. Die Anträge bitten wir baldtzt an das Generalsekretariat nach Köln einzureichen.

#### Der Ausschuss des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

### Lohnbewegungen und Tarifverträge.

#### Wannemündener Kleinbahnen.

Der am 28. Februar d. J. abgeschlossene Tarifvertrag ist am 24. Mai zum 30. Juni gekündigt. Entsprechend den inzwischen veränderten Lebensverhältnissen wurde ein neues Lohnforderungen gestellt. Im Vorhinein wurde beantragt, die Bestimmungen des Tarifvertrages I zugrunde zu legen. Die Verwaltung weigerte sie jedoch auf Grund dieses Tarifvertrages zu verhandeln, und vertat die Ansicht, daß der Verkehr unter Tarif A und B falle. Ueber diese grundsätzliche Frage konnte bisher eine Einigung zwischen den Parteien nicht erzielt werden. Wiederum versuchten sich die Vertreter der Gewerkschaft über die Lohnfrage. Dieselben fanden nunmehr am 28. August im Verwaltungsgebäude zu Frankfurt a. M. statt, unter Anwesenheit zweier Arbeiterauschussmitglieder und zweier Vertreter unseres Verbandes. Die Verhandlungen nahmen zwei Tage in Anspruch, und endigten mit einem durchaus günstigen Ergebnis für die Kollegen. Für die drei Monate Juli, August und September sollen auf jeden Tag 3,00 M. das heißt 90 M. entnommen sich stellt; für das Güterzugpersonal auf 400 M., für Schaffner und Wagenführer auf 400 M., für Hilfskontrolleure 430 M., für Handwerker 416 M., für Streckenarbeiter 335 M. für Oberleitungsarbeiter 300 M., für den Werkmeister 500 M. Die kurze Besprechung wurde mit Rücksicht auf den Ablauf des Jahres zum 30. September...

#### Neue Teuerungszulagen in Amberg.

Am 15. Juni dieses Jahres wurde zwischen der Stadt Amberg und den Arbeiterorganisationen ein Tarifvertrag abgeschlossen. Es stellt sich aber heraus, daß die vereinbarten Löhne infolge der Verteuerung der Lebenshaltung nicht mehr ausreichen. Durch diesen Mangel veranlaßt, fanden nun weitere Verhandlungen statt, die im Einvernehmen beider Teile geführt zu folgendem Ergebnis führten. Auf die bisherigen Löhne wird eine Zulage von 3 M. pro Tag für Ver-

heiratete und 2 M. für Ledige geschätzt. Die berechtigten Wünsche der Kollegen sind damit erfüllt.

#### Neuordnung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Steier.

Auf unsere Eingabe und persönliche Verhandlungen hat das Stadverordnetenkollegium beschlossen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen wie folgt zu regeln. Für die Arbeiter des Gas- und Wasserwerks und für die übrigen städtischen Arbeiter wurde je ein besonderer Tarifvertrag geschlossen. Danach werden die Arbeiter in 4 Lohnklassen eingeteilt. Die ersten vier Klassen Arbeiter, Hilfsarbeiter und ungelernete Arbeiter. Der Lohn beträgt in der ersten Klasse 1,50 bis 1,80 M., in der zweiten 1,40 bis 1,75 M., in der dritten 1,30 bis 1,60 M. und in der vierten 1,20 bis 1,50 M. pro Stunde.

Meisterlöhnen werden mit 25. Lohn und Feiertagsarbeit mit 50, und an den hohen Festtagen mit 100 Prozent Zuschlag vergütet.

Der Tarifvertrag beträgt nach 1. Jahre 3 M., 2. Jahre 1 M., 3. Jahre 1 M., 4. Jahre 1 M., 5. Jahre 1 M., 6. Jahre 1 M., 7. Jahre 1 M., 8. Jahre 1 M., 9. Jahre 1 M., 10. Jahre 1 M., 11. Jahre 1 M., 12. Jahre 1 M. Die festgesetzten Löhne werden vom 1. Juli 1919 ab gezahlt.

In ansehung der bisherigen Verhältnisse können die genannten Jugendverhältnisse als ein wesentlicher Fortschritt geeignet die Lebenshaltung der Arbeiterschaft in etwa zu heben, erachtet werden. Hoffentlich werden die Kollegen aus diesem weiteren Einblicke des Vertriebes die richtigen Schlussfolgerungen ziehen.

#### Baurat Karl Otto.

Der Arbeitgeberverband der deutschen Straßenbahnen, Kleinbahnen und Privatbahnen hat einen herben Verlust erlitten. Am 20. August 1919 starb sein erster Vorsitzender, Herr Baurat Karl Otto. Der Verstorbene gehörte zu den Mitbegründern des zu Anfang dieses Jahres ins Leben gerufenen Arbeitgeberverbandes. Seinem Wirken ist es hauptsächlich mit zuzuschreiben, daß die Verhandlungen zum Abschluß von Reichstarifen für die Straßen- und Kleinbahnen erfolgreich waren und zu dem gewünschten Ergebnis führten. Durch sein verständliches Verhalten verstand es der charaktervolle Mann, die manchmal schroffen Gegenläufe zu überbrücken, und damit dem beiderseitigen Frieden in bester Weise zu dienen. Alle, die ihn näher gekannt haben, werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

### Arbeiterbewegung.

25 Jahre Gewerkschaft christlicher Vergarbeiter. Am 26. August sind 25 Jahre seit der Gründung des Gewerkschafts christlicher Vergarbeiter Deutschlands verfloßen. Die Anregung zur Gründung ging von dem in Altsachsen wohnenden Vergarbeiter August Prast aus. Die Anregung war von Gustav Beckmann, nach den notwendigen Vorbereitungen konnte eine am 26. August 1894 zu Gelsen gelegende Konferenz von Delegierten katholischer und evangelischer Vereine die Gründung des Gewerkschafts christlicher Vergarbeiter für den Oberbergnamtsbezirk Dortmund beschließen. Der Gewerkschaft hat, wie kaum eine andere Organisation, ein Vierteljahrhundert des aufreibendsten Kampfes hinter sich. Schon bei seiner Gründung stieß er auf gewaltige Hindernisse. Viele Feinde fanden sich, die sein Leben bedrohten und sein Fortkommen mit allen Mitteln zu hintertreiben versuchten. Die Sozialdemokratie und sozialdemokratischen Gewerkschaften sahen in ihm eine Gefahr für sich, sie bekämpften ihn daher in der rücksichtslosesten Weise. Die Unternehmer wollten überhaupt keine Arbeiterorganisation dulden, ihnen war der christliche Gewerkschaft als gefährlich verhasst. Auch die Behörden in unserem alten Staat beteiligten sich in ausgiebigem Maße an dem Kampf gegen den Gewerkschaft. Trotzdem gelang

es vorwärts. Unter mächtigem Kampfe mußte der Boden Schritt um Schritt gewonnen werden. Im Jahre 1897 wurde der Gewerkeverein in einen „Gewerkeverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands“ umgewandelt. Er fand auch Ausbreitung in anderen Bergrevieren und wurde im Laufe der Jahre in allen deutschen Bergrevieren eingeführt. Die Mitgliederzahl des Gewerkevereins stieg von 1400 am Ende des Jahres 1895 auf über 110 000 am Ende des Jahres 1918. Günd in dem mit der äußeren Ausdehnung ging auch die innere Erfortung und Entwicklung. Der Zeitung der 1894 mit 2 Pf. pro Woche, die festgesetzt wurde, wurde 1899 auf 20 Pf. monatlich erhöht, und im Jahre 1906 auf 40 Pf. wöchentlich. Im Jahre 1913 wurde ein Stoffwechselplan bis zu 1. März eingeführt. Die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen stiegen von 1906/08 März im Jahre 1895 auf 2 348 986,40 Mark im Jahre 1918. Der Vermögensbestand stellt sich mit Schlus des Jahres 1918 auf vierundsiebzig Millionen Mf. Groß Summen werden für die geistige Erziehung der Mitglieder und für finanzielle Unterstützungen verausgabt. Mit Beginn des Jahres 1906 wurde als Verbandesorgan „Der Bergknabe“ herausgegeben. Im Jahre 1909 wurde eine „Stelle“ zum Unterrichtsamt eingeführt. Seit 1908 wird den Mitgliedern in allen von dem Reichs- und Versicherungsverbänden umschließenden Schmelzwerken in großer Zahl Schulbücher nach dem höchsten Bildungsstande von 1907 für die Arbeiter und Arbeiterinnen zur Verfügung gestellt. — Auch in anderer Hinsicht hat der Gewerkeverein ausbreitende Arbeit geleistet. Dem Bergarbeiter wurde die Gliederbestimmung mit den Unternehmern erläutert. Die Löhne wurden wesentlich erhöht. Die Arbeitszeit wurde nicht unerheblich eingeschränkt und in vielen Fällen auch fanden die Verhandlungen dazu, daß die Durchführung der Sechsstundenarbeit im Schmelzwerk im Jahre vorläufigen Abschlus mit der Motivierung, daß die Kommission, die zur Ermittlung dieser Frage gewählt sei, Ende Oktober wieder zusammenzutreten soll, um festzustellen, ob die Durchführung dieser Maßnahme ohne eine Gefährdung der deutschen Volkswirtschaft herbeizuführen, zum 1. Februar 1920 möglich sein wird. Der Gewerkeverein bekämpfte die Alkoholischen Getränke, trat für geistigen Schutz der Jugend der Bergarbeiter, forderte ausreichenden Schutz der Jugend, wirkte für die Bekämpfung der Armut auf den Bergwerken, erzielte ein Verbesserung der Arbeitsbedingungen usw. Auf allen diesen Gebieten hat unter Vorkommen sehr große Verdienste bei der Vertretung der Arbeiterinteressen erworben. — Bei allen seinen Arbeiten ließ der Gewerkeverein nie die geistige Mündigkeit der Arbeiter und die Volksgemeinschaft vernachlässigen. Er wirkte durch seine unermüdete und erfohrreiche Arbeit für die Bergarbeiter der untersten Klassen der breiten Volksschichten zur Sozialdemokratie entgegen. Dadurch hat er sich auch über den Rahmen der ihm gesteckten Ziele verdient gemacht. Der gegen ihn in den ganzen Zeit seines Bestehens geführte mächtige Kampf erlangte aus diesem Grunde seine Schärfe und Gehässigkeit. Alle Anschläge auf seine Selbstständigkeit und sein Bestehen hat der Gewerkeverein parieren können und sich kräftig entwickelt. Es leidet die Ansicht, daß er auch in Zukunft sich kräftig entwickeln wird. In dieser Sinne entschieden wir dem Gewerkeverein unsere herzlichsten Glückwünsche und wünschen ihm auch in neueren Jahren und Gelingen.

Der Kollege Heinrich Jankusch hat anlässlich der silbernen Jubelfeier des Gewerkevereins eine geschmackvoll ausgestattete 11 Seiten umfassende Zeitschrift und interessanten Material aus der Geschichte der Bergarbeiterbewegung im allgemeinen und des Gewerkevereins im besonderen herausgegeben. Die Schrift kann daher nur wärmstens empfohlen werden. Von dem Arbeiterverzeichnis geben wir folgende Nummernüberschriften kurz wieder: „Die vor der Gründung des Gewerkevereins liegenden „Kommunistenverhältnisse“, „Die Gründung und Entwicklung des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter“, „Die Leistungen des

Gewerkevereins für die Bergleute“, „Die Entwicklung der Gewerkevereinsleistungen“, „Bemerkung des Gewerkevereins über den Bestehen der Zeitschrift, welche auch zwei gut gezeichnete Reproduktionen der ersten Ausgabe des Bergknaben und der „Kommunisten in der deutschen Sozialdemokratie“ von 1907 enthält. Die Bilder der ersten, zweiten und dritten Geschäftsstelle in Altmünster bzw. Essen sowie der jetzigen Geschäftsstelle und der Gewerkevereinshäuser in Saarbrücken, Derwentha, Heerlen (Holland). Am Schlus der Schrift werden kurze Lebensskizzen von Personen, die für die Entwicklung des Gewerkevereins bedeutungsvoll sind, gebracht, neben deren Bildern. Der Preis der Zeitschrift, die eine schöne und dauernde Erinnerung an die 25jährige Jubelfeier des Gewerkevereins darstellt, beträgt 3 Mark. Bestellungen wolle man an die Hauptgeschäftsstelle des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter Essen, Schützenbahn 61, richten.

Der Aug nach Hilt. Auf dem in Leipzig abgehaltenen Verbandstage der Tagelöhner ist der frühere Kommandant von Berlin und gegenwärtige Vorsitzende der mehrheitlichsozialdemokratischen Partei und Mitglied der Nationalversammlung, W. S. der ebenfalls Tagelöhner war, als der Gewerkevereins ausgeschlossen worden. W. S. wurde beschuldigt, daß er als Kommandant von Berlin an den blutigen Ereignissen am 6. und 11. Dezember vorigen Jahres mitschuldig sei. Der Ausschluß erfolgte mit 22 gegen 19 Stimmen. — Nach ein Zeichen dafür, daß die Wahrheit in der Sozialdemokratie sich allmählich ganz nach der Seite des Revisionismus hin verfährt.

Wichtige Beschlüsse des Ausschusses des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften. In den Tagen vom 7. und 8. August tagte in Rammur der Ausschus des Gesamtverbandes. Geklebsch, Führer holländischer Gewerkschaften in Köln machte sehr beachtenswerte Vorschläge für die künftige Gesamtstellung der christlichen Gewerkschaften. Dieselben wurden ausnahmsweise in der Nr. 17 des „Bergknaben“ vom 18. August veröffentlicht. Die Sitzung selbst hat einmütig hinter die Vertretung der von Kollegen Brauer vorgebrachten Gedanken. Der Vorstand des Gesamtverbandes wurde beauftragt, in baldiger Zeit eine langjährige Propaganda-Schrift, die unsere Ideenwelt richtig darzustellen, herauszugeben. In den Tagen vom 26. bis 29. Oktober soll dann ein Kongreß der christlichen Gewerkschaften folgen, der als allgemeiner Weckruf an die gesamte Arbeiterschaft seine Stimme erhebt. Inzwischen werden im ganzen Lande allgemeine Versammlungskongresse abgehalten. Mit dem beginnenden Sommer ist die Kurus- und Unterrichtsarbeit in allen Teilen des Verbandsgebietes aufzunehmen. Für diesen Zweck wird das Generalsekretariat eine eigene vorbereitende Propaganda-Schriftens herausgeben. Das „Bergknaben“ und die „Deutsche Arbeit“ werden ausgebaut, um der Bewegung in steigendem Maße dienen zu können.

„Auldhaun“. Für die Arbeiter- und Mittelklassen gewisser revolutionärer Kreise in der Arbeiterkategorie ist nichts bezeichnender als die Art, mit der eine gewisse Sorte „Auldhaun“ nicht nur ertragen, sondern sogar vergöttert wird. Man braucht nur an die „Auldhaun“ der Münchener Arbeiterpublikation zu erinnern, die erinnernd auf einen Aufmarsch tausender Arbeiter auf die Paraden in den und ihre glückliche aus dem Krieg gerechneten Anwesen Hindenburg zu Wank tragen. Da war ein Minister Dr. Lipp, der Mann war offensichtlich verrückt. Seinem Amtsbroschen vom Reichsministerium lobte er, er habe der Schweiz den Krieg erklärt, und um des Sieges ganz sicher zu sein, wollte er den Tonen des Papies erschließen. Garlosier war kein Mittelstellige Carl Ludwig, der sich in der angenehmen Lage befindet, Mitarbeiter von 19 Berliner Arbeiterhäusern zu sein. Der vergötterte Pöbel des revolutionären Volkes war Lipp, ein 27jähriger Student, der die wirklichen Werte des Professorens aber lieber auch nur aus der Theorie kennt. Sie alle aber wurden überstrahlt von dem famosen Dr. Wadler. Zwar als Jude

